

# Amerika, was nun?



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Die USA haben ihren Kongress genanntes Parlament gewählt. Jede Partei hat in einer Kammer die Mehrheit gewonnen. Die Demokraten im Repräsentantenhaus und die Republikaner im Senat. Nun drohen gigantische Konflikte.



**1** Kommentatoren reden nur darüber, wie groß die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft sei. Ja, die Parteien der Demokraten und Republikaner sowie deren Wähler stehen sich unversöhnlich gegenüber. Neu ist das aber nicht. Wenn es diese Polarisierung nicht seit längerer Zeit geben würde, wäre Donald Trump niemals Präsident geworden.

Trump war alles andere als ein gemäßigter Kandidat der Mitte, hat also von dem Gegeneinander der Amerikaner profitiert. Statt daher endlos von einem gespaltenen Land zu sprechen, sollten wir lieber bedenken, dass die Supermacht USA ein blockiertes Land mit einem handlungsunfähigen Staat werden könnte.

**2** Die Verfassung der USA zeigt, wie einfach sich Republikaner und Demokraten beim Regieren und in der Gesetzgebung blockieren können. Für jedes Gesetz, ob groß oder klein, muss sich sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat eine Mehrheit finden. Wenn da wechselseitig die Demokraten und die Republikaner mehr Abgeordnete haben, bedarf es einer überparteilichen Einigung.

Oder es geht gar nichts mehr. Sollte es doch – wie in der Geschichte oft der Fall – Kompromisse geben, kann

der Präsident ein Veto einlegen. Sagt Trump „Ich bin dagegen!“, geht neuerlich nichts. Es sei denn, das präsidentielle Veto wird im Kongress mit Zweidrittelmehrheit überstimmt. Das aber ist geschichtlich kaum jemals vorgekommen.

**3** Dramatisch wird die Sache, wenn es ums Geld geht. Das Budget der USA ist Jahr für Jahr genau so ein Gesetz. Die Regierung und ihre Behörden werden dadurch ermächtigt, Steuern einzunehmen und diese für alles Mögliche von Straßenbau bis Militär auszugeben. Fehlt das Budget-

gesetz, so ist der Staat gelähmt.

Alle Ämter sowie Museen, Nationalparks, Zoos & Co. müssen geschlossen werden. Öffentlich Bedienstete vulgo Beamte werden unbefristet und unbezahlt auf Zwangsurlaub geschickt. Theoretisch gilt das auch für Soldaten sowie Raumfahrtzentren und Atomwaffenstützpunkte, falls nicht rechtzeitig eine Sonderlösung gefunden wird.

Nun ist eine solche Einstellung der Regierungsarbeit 1995/96 und 2013 vorgekommen, ohne dass die USA oder die Welt untergingen.

Damals handelte es sich nur um wenige Tage oder Wochen. Die jetzige Pattsituation von Trumps Republikanern und den Demokraten hat derart verhärtete Fronten, dass monatelange Blockaden zu befürchten sind.

In Österreich haben wir hier eine schlaue Regelung. Wenn sich die Parteien im Parlament auf kein Budget einigen, kommt es zum „provisorischen Zwölfte!“. Monat für Monat gilt das Vorjahresbudget, und der Staat funktioniert weiter. Mangels einer solchen Regel in den USA kommt dort alles zum Stillstand.

# Das blockierte Land



Die Demokratin Nancy Pelosi (links) ist Parteichefin im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten und Donald Trumps (rechts) scharfe Widersacherin. Der US-Präsident braucht die Mehrheit in zwei Kammern – oben eine historische Aufnahme des Kongresses aus 1917 unter Präsident Woodrow Wilson – für grundlegende Entscheidungen.



Fotos: AFP, AP, EPA

**4** Theoretisch sind die Amerikaner als größte Militärmation nicht einmal mehr in der Lage einen Krieg zu führen. Natürlich kann Trump als oberster Befehlshaber der Streitkräfte weiterhin kriegsrische Handlungen veranlassen. Für Kriegserklärungen braucht er allerdings eine Mehrheit im Kongress.

Fehlt diese, so hat er nach 60 Tagen seine Truppen zurückzurufen. Plus maximal 30 Tage für einen geordneten Rückzug. Streng nach Gesetz müsste das auch so sein, wenn man dadurch dem Nordkoreaner Kim

Jong-un oder sonstigen Diktatoren das Feld überlässt.

**5** Das naive Gegenargument wäre, dass Demokraten und Republikaner trotz ihrer Meinungsunterschiede wohl das nationale Interesse der USA beachten. Nein. Unmittelbar nach dem Wahltag 2018 hat der Wahlkampf 2020 begonnen. Da finden wiederum Kongresswahlen und die gleichzeitige Präsidentschaftswahl statt.

Hier geht es für beide Seiten um alles, so dass keine Partei der anderen politische Erfolge gönnt. Trump am allerwenigsten. Für den Prä-

sidenten wird es ab sofort ungemütlich, weil die Demokraten mit ihrem Mehrheitsstatus im Repräsentantenhaus auch in Untersuchungsausschüssen mehr Abgeordnete stellen. Dort wird überprüft, was der Präsident womöglich Rechtswidriges anstellt.

**6** Die Vorstellung, dass die knappe Mehrheit der Demokraten nun zu einer Amtsenthebung von Trump führt, ist trotzdem lächerlich. Sie könnten lediglich mit einfacher Mehrheit ein Amtsenthebungsverfahren eröffnen. Danach braucht es eine Zweidrittel-

mehrheit im Senat, was Trumps Republikaner locker verhindern würden.

Amtsenthebungsgründe sind zudem Landesverrat, Bestechlichkeit im Amt und schwerste Verbrechen und Vergehen. Darunter versteht man gemeinhin Mord und Totschlag, Raub oder Vergewaltigung. Dass Trump ein Sexist ist und Frauen belästigt, genügt rechtlich nicht. Man kann ihn auch nicht wegen politischen Missfallens ablösen. Trump müsste also ganz schlimme Dinge anstellen, um nicht bis mindestens 2020 zu regieren.